

Revolution und Krieg in Spanien – gespaltene Arbeiterbewegung, widerstreitende Erinnerungen

Alexandre Froidevaux

Schlacht gegen den Faschismus, Revolution versus Konterrevolution, Unabhängigkeitskrieg – vielfältig waren die Geschichtsbilder, die sich die verschiedenen Strömungen der spanischen Arbeiterbewegung vom Bürgerkrieg machten. Die Erinnerungen an die Ereignisse der Jahre 1936 bis 1939 prägten ihre Identitäten in den Jahrzehnten danach ebenso, wie die Kämpfe zwischen den Linken während der Bürgerkriegszeit den Widerstand gegen die Franco-Diktatur belasteten.

Die Revolution und der Bürgerkrieg (1936-1939) waren für die spanische Linke einschneidende Ereignisse. Dieser Aufsatz geht der Frage nach, wie sich die Arbeiterbewegung an diese in den darauffolgenden Jahrzehnten erinnerte und sie verarbeitete.¹ Dabei gehe ich davon aus, dass Geschichte für die Linke allgemein eine sehr wichtige Ressource darstellt. Durch den geschichtspolitischen Rückgriff auf bedeutungsbeladene Vergangenheit lassen sich politische Projekte in der Gegenwart argumentativ abstützen.

Ist dieser Befund noch auf andere politische Großgruppen übertragbar, kann als Alleinstellungsmerkmal der Linken gelten, dass ihr Vergangenheitsbezug in einem emanzipatorischen Sinne auf die Zukunft ausgerichtet ist. Indem linke Bewegungen Gegengeschichten (re-)konstruieren, machen sie den Wandel in der Geschichte und damit die prinzipielle Transformierbarkeit von Gesellschaft sichtbar. Anders ausgedrückt: Wenn ein Gesellschaftssystem, wie der Kapitalismus, eine historische Genese aufweist, dann gibt es auch die Möglichkeit, es zu verändern oder ganz durch ein anderes zu ersetzen.²

1 Der vorliegende Text ist der für den Druck bearbeitete Vortrag, den der Autor im März 2014 auf der Hauptversammlung des Fördervereins für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung unter dem Titel „Die spanische Arbeiterbewegung nach 1939 und die Erinnerung an den Bürgerkrieg“ gehalten hat. Er basiert auf der Dissertation „Zwischen Gegengeschichten und Versöhnung – Erinnerungskulturen der spanischen Arbeiterbewegung nach dem Bürgerkrieg (1939-1982)“. Die Dissertation wird voraussichtlich 2015 in überarbeiteter Form und mit abgeändertem Titel im Verlag Graswurzelrevolution erscheinen.

2 Siehe David Mayer: *Contrahistorias – historische Deutungen und geschichtspolitische Strategien der Linken im Wandel*, in: Berthold Molden/Ders. (Hrsg.): *Vielstimmige Vergangenheiten – Geschichtspolitik in Lateinamerika*, Wien-Berlin 2009, S.131f.

Linke Gegengeschichten stehen nach verlorenen Klassenauseinandersetzungen der Geschichtspolitik der Sieger diametral entgegen. Die Kämpfe vergangener Zeiten bieten dabei identifikatorische Anknüpfungspunkte und zeigen, dass Widerstand gegen bestehende Herrschafts- und Kapitalverhältnisse möglich ist. Gegengeschichten können Teil einer „heißen“ Erinnerungskultur (Jan Assmann) sein und politische Aktivität mobilisieren helfen.³ Allen angesprochenen Aspekten nach stellt die libertäre Revolution von 1936 bis 1939 die Folie für eine geradezu idealtypische linke Gegengeschichte dar.

Revolution und Bürgerkrieg

Am 14. April 1931 trieb eine revolutionäre Volksbewegung König Alfonso XIII. ins Exil und rief die Zweite Republik aus, die als erste wirkliche Demokratie auf spanischem Boden gilt. Sie brachte per Verfassung weitgehende Freiheitsrechte mit sich, wurde jedoch sowohl von rechts als auch von links stark angefeindet.

Die Rechten erkannten in der Republik die Aufgabe des „wahren“ katholischen und patriarchalen Spaniens. Zudem sahen sie ihre Pfründe durch die republikanischen Reformen gefährdet. Daher kämpften die Latifundisten gegen die Landreformen. Die katholische Kirche agitierte gegen die Einschränkung ihres bis dato gewaltigen gesellschaftlichen Einflusses, den sie sich unter anderem durch ihre Vormachtstellung im Bildungswesen erkämpft hatte.

Vielen Linken gingen die Reformbestrebungen dagegen nicht weit genug, denn die bürgerliche Republik beseitigte weder die große soziale Ungleichheit noch die extreme Armut vieler Spanierinnen und Spanier. Große Teile der Arbeiterbewegung waren revolutionär gesinnt und traten für die Überwindung der Klassengesellschaft ein.

Ist für das erste Drittel des 20. Jahrhunderts von der spanischen Arbeiterbewegung die Rede, sind zwei politische Richtungen mit Millionenanhängern gemeint: die anarchosyndikalistische und die sozialistische, die sich in den Gewerkschaften Confederación Nacional del Trabajo (CNT, Nationale Konföderation der Arbeit) und Unión General de Trabajadores (UGT, Allgemeine Arbeiterunion) organisierten. Der Partido Comunista de España (PCE, Kommunistische Partei Spaniens) blieb dagegen bis zum Beginn des Bürgerkriegs eine unbedeutende Kleinpartei.

³ Siehe Jan Assmann: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen. München 1992, S.68ff.

Am 17./18. Juli 1936 putschten rechtsradikale Militärs gegen die Republik. Hunderttausende Spanierinnen und Spanier stellten sich den Putschisten entgegen, es kam zu Straßenschlachten. Das Ergebnis war eine Zweiteilung des Landes und der anschließende Bürgerkrieg, der 32 Monate andauern sollte. Zugleich war der Putsch Auslöser einer sozialen Revolution, die vor allem in Katalonien, Aragonien und an der Levanteküste stattfand. Deren politische Träger waren in erster Linie die Anarchisten, aber auch Linkssozialisten aus der UGT sowie Anhänger des nichtstalinistischen Partido Obrero de Unificación Marxista (POUM, Arbeiterpartei der Marxistischen Vereinigung). In großer Zahl kollektivierten die Revolutionärinnen und Revolutionäre Industrie- und Landwirtschaftsbetriebe. Nach erfolgreichen Kämpfen gegen die aufständischen Truppen befand sich die Millionenstadt Barcelona am 19. Juli 1936 unter anarchistischer Kontrolle.⁴

Doch die Anarchisten standen vor einem Dilemma: Sollten sie die ihnen zugefallene Macht ergreifen und die Revolution alleine und nach ihrem Gusto vorantreiben? Dies hätte der antiautoritären Weltanschauung der anarchosyndikalistischen CNT widersprochen. Oder sollten sie mit den übrigen Volksfrontkräften, also den Sozialisten des Partido Socialista Obrero Español (PSOE, Spanische Sozialistische Arbeiterpartei), den Kommunisten und den Republikanern zusammenarbeiten?

Auf dem entscheidenden Plenum der katalanischen CNT entschied sich am 23. Juli 1936 eine große Mehrheit für die Zusammenarbeit.⁵ In der Folge setzte eine politische Dynamik ein, welche die CNT dazu brachte, zunächst in die katalanische Regional- und dann in die spanische Zentralregierung einzutreten. Anarchisten, die den Staat doch abschaffen wollten, wurden zu Ministern! Sie ließen sich in die Mechanismen der traditionellen Politik integrieren, was die staatlichen Institutionen rettete, die im Juli 1936 bereits am Boden gelegen hatten. Dies begünstigte zugleich das schrittweise Zurückdrängen der Revolution. Staatliche Stellen „legalisier-

4 Siehe zur Revolution Walther L. Bernecker: *Anarchismus und Bürgerkrieg. Zur Geschichte der Sozialen Revolution in Spanien 1936-1939*, Nettersheim 2006; Heleno Saña: *Die libertäre Revolution. Die Anarchisten im Spanischen Bürgerkrieg*, Hamburg 2001. Auch Deutsche nahmen an Bürgerkrieg und Revolution teil und übten dabei, je nach politischer Richtung, sehr unterschiedliche Rollen aus. Siehe Patrick von zur Mühlen: *Spanien war ihre Hoffnung. Die deutsche Linke im Spanischen Bürgerkrieg. 1936 bis 1939*, Bonn 1983; Dieter Nelles u. a.: *Deutsche AntifaschistInnen in Barcelona (1933-1939). Die Gruppe „Deutsche Anarchosyndikalisten“ (DAS)*, Heidelberg 2013.

5 Siehe Saña, *Die libertäre Revolution*, S.51.

ten“ und reglementierten die Kollektive, der revolutionäre Impuls ging nach und nach verloren.⁶

Ausgerechnet der PCE entwickelte sich zum stärksten Gegner der Revolution: In den 1930er-Jahren, der Hochzeit des Stalinismus, folgten die kommunistischen Parteien den Direktiven der Kommunistischen Internationale (Komintern) und hingen somit eng an der Leine Moskaus. Die stalinistische Komintern-Führung hatte kein Interesse an einer Revolution wie der spanischen, die nicht durch die kommunistische Partei als „Avantgarde der Arbeiterklasse“ angeführt wurde.

Zudem standen zu jener Zeit die außenpolitischen Interessen der Sowjetunion an erster Stelle der Komintern-Politik. Diese waren geprägt von der (begründeten) Angst Stalins vor einem Angriff des faschistischen Deutschlands auf die UdSSR. Deshalb strebte Stalin eine defensive Bündnispolitik mit Frankreich und Großbritannien an. Eine offene Unterstützung für eine proletarische Revolution in einem westeuropäischen Land hätte freilich die französische und britische Bourgeoisie verschreckt und Allianzen unmöglich gemacht.⁷

Wie konnte aber der ursprünglich marginale PCE zu einer starken, anti-revolutionären Kraft werden? Beide Kriegsparteien waren auf Waffenlieferungen aus dem Ausland angewiesen. Das faschistische Italien und das nationalsozialistische Deutschland unterstützten die Nationalisten massiv mit Kriegsmaterial und Truppen. Die natürlichen Verbündeten der Republik, die Demokratien Frankreich, Großbritannien und die USA, entschieden sich dagegen unmittelbar nach Kriegsausbruch für eine Nichteinmischungspolitik, welche de facto einem Embargo für das republikanische Spanien gleichkam.

So wurde die Sowjetunion zum einzig nennenswerten Waffenlieferanten der Zweiten Republik, was die Position des PCE enorm stärkte. Dieser gerierte sich außerdem als Beschützer des Privateigentums, was ihm einen großen Mitgliederzuwachs seitens derjenigen sozialen Klassen bescherte, welche die Revolution ablehnten: Kleinbürger und besitzende Bauern.⁸

Im Herbst 1936 setzten die Nationalisten zum Frontalangriff auf die Hauptstadt Madrid an. Die Verteidiger konnten den Angriff zurückschlagen und so die Parole der KP-Führerin Dolores Ibárruri „no pasarán!“

6 Siehe Walther L. Bernecker: *Krieg in Spanien 1936-1939*, Darmstadt 2005, S.133ff.

7 Siehe ebenda, S.103ff.; Andreas Baumer: *Kommunismus in Spanien. Die Partido Comunista de España – Widerstand, Krise und Anpassung (1970-2006)*, Baden-Baden 2008, S.65ff.

8 Siehe ebenda, S.82ff.

(Sie werden nicht durchkommen!), die noch heute bei antifaschistischen Demonstrationen in Gebrauch ist, Wirklichkeit werden lassen.⁹

Innerhalb des republikanischen Lagers formten sich verschiedene Interpretationen des Bürgerkriegsgeschehens aus. Die eine deutete den Konflikt als Kampf gegen den Faschismus und für die Freiheit. Die Verteidigung Madrids war ihr emblematischer Erinnerungsort, Antifaschismus war gleichbedeutend mit der Verteidigung der Republik. Revolutionäre Stimmen sprachen jedoch, so das zweite Narrativ, von Klassenkampf und revolutionärem Krieg.¹⁰ Die dritte Deutung war die eines Unabhängigkeitskrieges.¹¹ Diese drei Versionen koexistierten bis zum Kriegsende und darüber hinaus und waren ineinander verschränkt.

Als ein wichtiges Ziel gaben die verschiedenen Zweige der spanischen Arbeiterbewegung die Einheit der Arbeiterklasse aus. In diesem Sinne schlachteten sie z. B. die erfolgreiche Verteidigung der Hauptstadt propagandistisch aus, die durch vereintes Handeln erreicht worden sei. Gerade während des Bürgerkrieges erwies sich die geforderte Einheit jedoch immer wieder aufs Neue als politische Illusion. Von manchen temporären Bündnissen abgesehen, gab es stattdessen zahlreiche, auch gewaltsam ausgetragene Auseinandersetzungen. Zweimal – im Mai 1937 und im März 1939 – kam es in der republikanischen Zone sogar zu „Bürgerkriegen im Bürgerkrieg“.

Eine der zentralen Auseinandersetzungen innerhalb des linken Lagers betraf die Frage der richtigen Kriegführung. Die Anarchisten und die Marxisten des POUM setzten auf das Motto „Sieg im Krieg durch Revolution“. Für sie war der Krieg nur durch zeitgleiches Vorantreiben der revolutionären Umgestaltung zu erreichen. Die Kommunisten argumentierten hingegen, dass zunächst der Krieg gewonnen werden müsse und erst dann die Revolution durchgeführt werden könne.

Dieser Meinungsstreit berührte auch die Frage der Organisierung des Krieges. Die Revolutionäre wollten an den Milizen festhalten, die sich im Sommer 1936 spontan gebildet hatten. Die Milizen waren revolutionäre Kampfverbände, in denen Soldatenkomitees ihre Anführer wählten, es keine Rangabzeichen gab und ein Einheitssold gezahlt wurde. Das Ge-

9 Siehe Rede von D. Ibárruri in Radio Madrid 19.7.1936, in: Walther L. Bernecker (Hrsg.): *Der Spanische Bürgerkrieg. Materialien und Quellen*, Frankfurt/Main 21986, S.64f.

10 Siehe Paul Preston: *The Spanish Civil War. Reaction, revolution and revenge*, New York-London 2007, S.238; Xosé Manoel Núñez Seixas: „Fuera el invasor“. *Nacionalismos y movilización bélica durante la guerra civil española (1936-1939)*, Madrid 2006, S.59f.

11 Siehe ebenda, S.31ff.

genmodell war der Neuaufbau eines Militärs nach klassischem Modell, Volksarmee genannt. Der PCE organisierte seine Miliz, das Fünfte Regiment, von Beginn an nach militärischen Prinzipien und stellte sich als „el partido de la guerra“ (Partei des Krieges) dar, der wüsste, wie der Krieg zu gewinnen sei.¹²

Mit fortschreitender Zeit gelang es den Kommunisten, rechten Sozialisten und Republikanern, die Revolution Schritt für Schritt zurückzudrängen. Das entscheidende Datum ist der Mai 1937, als sich Milizen von CNT und POUM in Barcelona bewaffnete Auseinandersetzungen mit kommunistischen und katalanischen Truppen lieferten. Die Kämpfe blieben zwar ohne eindeutigen Sieger, doch in der Folge wurde der Sozialist Juan Negrín Ministerpräsident. In seiner Regierung hatten die Kommunisten großen Einfluss, den sie nutzten, um die Kollektive in den Städten und auf dem Land zu behindern oder gleich ganz zu zerstören.¹³ Sowjetische Geheimagenten und PCE-Kader verfolgten Anhänger des POUM und der CNT. Sie richteten Geheimgefängnisse ein, wo sie ihre Gegner folterten und nicht wenige von ihnen ermordeten.¹⁴

Schrittweise setzte die Negrín-Regierung auch den Aufbau des Volksheeres durch. Die Kommunistische Partei besetzte darin viele Schlüsselpositionen und erlangte so eine große Machtfülle. Im weiteren Kriegsverlauf konnte die Republik allerdings auf den Schlachtfeldern kaum Erfolge verzeichnen. Der Krieg ging etappenweise verloren. Im März 1939 putschten schließlich vereinte Kräfte aus Offizieren, Sozialisten und Anarchisten erfolgreich gegen Negrín und die Kommunisten. Erneut beschossen sich Linke gegenseitig, diesmal in Madrid. Der erhoffte Verhandlungsfrieden scheiterte gleichwohl an der intransigenten Haltung General Francisco Francos.

Für die spanische Arbeiterbewegung bedeutete das Kriegsende am 1. April 1939 die Enttäuschung jeglicher Hoffnung auf eine revolutionäre Umgestaltung der spanischen Gesellschaft und die brutale Installierung des Faschismus: Die Arbeiterorganisationen wurden zerschlagen, ihre Aktivistinnen und Aktivisten mussten ins Ausland fliehen. Wem das nicht gelang, dem drohte Gefangenschaft, Folter, Hunger, Zwangsarbeit oder das Erschie-

12 Siehe Baumer, *Kommunismus*, S.84ff.

13 Siehe Helen Graham: *The Spanish republic at war 1936-1939*, Cambridge 2002, S.230ff., 312ff.

14 Siehe Mühlen, *Spanien*, S.144, 175; Michael Schumann/Heinz Auweder: *A las barricadas. Triumph und Scheitern des Anarchismus im Spanischen Bürgerkrieg*, Grafenau 1987, S.113ff.

Bungskommando. Der faschistischen Vernichtungskampagne fielen bis zu 200.000 Menschen zum Opfer.¹⁵ Die Mörder verscharrten viele von ihnen in Straßengräben oder Brunnenschächten. Sie wurden zu „Desaparecidos“ (Verschwundene), deren Schicksal vielfach bis zum heutigen Tag nicht aufgeklärt ist. Unter den Überlebenden hinterließ der Terror nachhaltige Spuren.

Linke Erinnerungsgeschichte in der Nachkriegszeit (1939-1959)

Die Erinnerungsgeschichte der spanischen Arbeiterbewegung nach 1939 war bestimmt von dieser totalen Niederlage im Bürgerkrieg. Der franquistische Terror, die allgegenwärtige Geschichtspropaganda der Diktatur und die Unterdrückung abweichender Geschichtserzählungen führten zu einem „Memorizid“¹⁶: Die Erinnerungen der linken Verlierer und Opfer wurden aus dem kollektiven Gedächtnis Spaniens getilgt.

Selbst in der Familie und im Freundeskreis wurden die historischen Erfahrungen häufig nicht weitergegeben. Viele Linke waren so traumatisiert, dass sie mit ihren Kindern nicht über die Vergangenheit sprechen konnten. Die Diktatur „lehrte“ die „einfachen Leute“ zudem, dass es ihnen nicht zustand, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen.¹⁷ So zogen sich viele Mitglieder von Gewerkschaften und linken Parteien aus der Politik zurück und versuchten, durch Migration in die industriellen Zentren Spaniens und Nordeuropas ihr Los zu verbessern.

Dennoch gibt es eine linke Erinnerungsgeschichte nach 1939, denn im Exil und im antifranquistischen Widerstand artikulierten sich kollektive Formen von Erinnerung. Allerdings wirkten die Konfrontationen der Bürgerkriegszeit auch nach Kriegsende in der Arbeiterbewegung noch stark fort. Über Jahre hinaus stritten sich die Linken über die Frage, warum sie den Krieg verloren hatten.¹⁸

15 Siehe Paul Preston, *The Spanish Civil War*, S.302; Michael Richards: *A time of silence. Civil war and the culture of repression in Franco's Spain, 1936-1945*, Cambridge 1998, S.30.

16 Siehe Javier Rodrigo: *Omnipresentes o invisibles*, in: *El País*, 27.11.2005. www.elpais.com/diario/2005/11/27/opinion/1133046008_850215.html (18.3.2013).

17 Siehe Susanna Narotzky/Gavin Smith: „Being político“ in Spain. An ethnographic account of memories, silences and public politics, in: *History and Memory*, 14 (2002) 1-2, S.189-228, hier S.203, 220.

18 Die Debatte fand ihren publizistischen Niederschlag in einer Reihe von Schriften. Siehe u. a. Diego Abad de Santillán: *Por qué perdimos la guerra? Una contribución a la historia de la tragedia española*, Madrid 1975 [Erstausgabe: Buenos Aires 1940]; José Díaz: *Las lecciones de la guerra del pueblo español (1936-1939)*, o. O. o. J.

Anarchisten und viele Sozialisten warfen den Kommunisten eine einseitig an den Interessen der Sowjetunion ausgerichtete Politik vor, die über Leichen ging. Die Anarchisten brandmarkten den PCE zudem für die Angriffe auf die Kollektivbewegung. Die Kommunisten konterten, die Kollektivierungen seien durch Zwang zustande gekommen. Außerdem hätten Anarchisten wie Sozialisten die nötige Einheit der Arbeiterklasse hintertrieben und die Republik im März 1939 verraten.

Die vergangenheitsbezogenen Kontroversen prägten den linken Widerstand in der Nachkriegszeit. Für die Inlandsaktivisten war es angesichts der tagtäglich erlebten Unterdrückung prioritär, die Diktatur mit allen Mitteln zu beseitigen. Doch die Exilanten blieben in besonderem Maße ihrer politischen Biografie und Ideologie verpflichtet. Vor allem sie verwiesen auf die Geschichte, um eine bestimmte politische Strategie oder Orientierung zu legitimieren. So lehnten Anarchisten wie Sozialisten aufgrund ihres historisch begründeten Antibolschewismus jahrzehntelang jegliche Zusammenarbeit mit dem PCE ab. Das verhinderte ein vereintes antifranquistisches Vorgehen – ein Grund für die neuerliche Niederlage, als es in den 1940er-Jahren nicht gelang, die Franco-Diktatur zu stürzen.¹⁹

Auch innerhalb der einzelnen Strömungen der Arbeiterbewegung konkurrierten unterschiedliche Geschichtsinterpretationen. Besonders deutlich wird das anhand der CNT, die sich Mitte der 40er-Jahre in zwei Organisationen spaltete. Die sogenannten „Apolitischen“ sahen in den Regierungsbeteiligungen der CNT während des Krieges den Grund dafür, dass die libertäre Revolution zerstört worden war. Sie wollten zu einem konsequent revolutionären Kurs zurückkehren. Ihre Gegenspieler, die „Politischen“, pochten hingegen darauf, dass es keine Alternative zur Zusammenarbeit mit den übrigen Volksfrontkräften gegeben habe. Und um die Franco-Diktatur zu stürzen, müsse die CNT mit der Bündnispolitik fortfahren.²⁰

Nach dem Sieg der Alliierten über die Achsenmächte im Zweiten Weltkrieg war die Hoffnung auf den Sturz des Franco-Regimes unter den Antifranquistinnen und Antifranquisten groß. Für die klandestinen Gewerkschaften und die antifranquistische Guerilla jener Zeit übten zudem linke Gegengeschichten eine mobilisierende Funktion aus. Diese Gegengeschichten entsprachen den skizzierten Narrativen des Bürgerkrieges: Ei-

19 Siehe Hartmut Heine: *La oposición política al franquismo. De 1939 a 1952*, Barcelona 1983, S.474.

20 Siehe Ángel Herrerín López: *La CNT durante el franquismo. Clandestinidad y exilio (1939-1975)*, Madrid 2005, S.36ff., 92ff., 358ff.

ne davon war die der sozialen Revolution, die vor allem für die Anarchisten wichtig war. Eine zweite erzählte von der Verteidigung der Republik. Sie bestimmte die politischen Gedächtnisse von Sozialisten und Kommunisten. In der Rahmengeschichte des antifaschistischen Kampfes trafen sich beide. Das Narrativ Unabhängigkeitskrieg – wenn man es als Gegengeschichte bezeichnen möchte – trat hingegen zurück und war nur noch unter den Kommunisten virulent.

Zugleich hofften die Antifranquisten auf Unterstützung der Alliierten und versuchten mittels diverser Bündnisse und diplomatischer Initiativen, die Diktatur zu beseitigen. Als Anarchisten und Sozialisten mit monarchistischen Kräften gegen das Regime konspirierten, wies das in eine andere Richtung als in die einer linker Geschichtsermächtigung durch „heiße“ Erinnerungskultur. Denn die Basis der Gespräche war die Verständigung ehemaliger Feinde. Schon zu dieser Zeit, Mitte/Ende der 1940er-Jahre, erachteten die Verhandlungspartner dazu eine breite Amnestie für politische Delikte als notwendig.²¹

Um 1950 herum erlitt die Arbeiterbewegung eine zweite vernichtende Niederlage: Die Alliierten hatten nicht in Spanien interveniert, der franquistische Repressionsapparat zerschlug die Guerilla sowie die anarchistische und die sozialistische Gewerkschaft. Der PCE reagierte auf diese erneute Niederlage ab 1956 mit einer geschichtspolitisch-strategischen Wende unter dem Stichwort der „reconciliación nacional“ (nationale Versöhnung). Alle antifranquistischen Kräfte, auch solche aus dem ehemals nationalistischen Block, sollten die Spaltung des Landes überwinden und, auf friedlichem Weg, die Demokratie erringen.²²

Die neue Strategie der Kommunisten korrespondierte mit der Haltung einer nachwachsenden Generation, für die das Manifest einer sozialistischen Hochschulgruppe die Formel „Kinder der Sieger und der Besiegten“ fand.²³ Diese Nachkommen der Bürgerkriegsgeneration wiesen die franquistische Geschichtspromaganda von den sich bekämpfenden zwei Spanien – das katholisch-traditionelle Spanien versus das marxistische und liberale „Anti-España“ – zurück, ersetzten dieses Bild aber auch nicht durch linke Gegengeschichten.²⁴

21 Siehe Santos Juliá: *Los socialistas en la política española, 1879-1982*, Madrid 1996, S.315.

22 Siehe Baumer, *Kommunismus*, S.128ff.

23 Siehe Agrupación Socialista Universitaria: *Manifiesto*. Madrid 1.4.1956, in: Francisco Bustelo: *La izquierda imperfecta. Memorias de un político frustrado*, Barcelona 1996, S.22f.

24 Siehe Santos Juliá: *Historias de las dos Españas*, Madrid 2004, S.437ff.

Ein Grund hierfür bestand darin, dass die innerlinken Grabenkämpfe entmutigten statt mobilisierten. Für die Kindergeneration waren außerdem die Opfererinnerungen der Eltern eine große Belastung. Hinzu kam, dass mit dem Gegenwartsbezug auch Kinder der Sieger in den Kampf gegen die Diktatur integriert werden konnten.

Zweite Hälfte des Franquismus (1959-1975)

Etwa zeitgleich, ab Ende der 1950er-Jahre, entstanden in Spanien neue gewerkschaftliche Organisationen wie die Arbeiterkommissionen (Comisiones Obreras, CCOO). Die Zerschlagung der historischen Gewerkschaften CNT und UGT, der Generationenwechsel sowie tief greifende sozioökonomische Veränderungen wie Migrationsbewegungen und eine intensive Industrialisierung in den 60er-Jahren lassen Historiker von einer Zäsur in der Geschichte der spanischen Arbeiterbewegung sprechen.²⁵

Diese neue Arbeiterbewegung verortete kollektive Identität kaum noch in der Vergangenheit, sondern in ihren gegenwartsbezogenen Kämpfen um konkrete soziale Verbesserungen und gegen die Diktatur. Der 1956 eingeleitete Strategiewechsel ermöglichte es dem PCE, in den folgenden Jahren zur dominanten Kraft des antifranquistischen Widerstandes zu werden. Die Kommunisten spielten in den Arbeiterkommissionen, in der Studentenbewegung und in weiteren sozialen Bewegungen eine wichtige Rolle. Zur selben Zeit führten dagegen Anarchisten und Sozialisten im Inland ein Schattendasein.

Die große Mehrheit der Antifranquisten traf in der zweiten Hälfte der Diktatur die, paradox formuliert, geschichtspolitische Entscheidung, keine Geschichtspolitik mehr zu betreiben. Statt aus Gegengeschichten Mobilisierungskraft zu schöpfen, wurde Versöhnung zum Leitmotiv der Opposition. Diese konnte sich darüber hinaus auf Demokratie als Ziel, Gewaltfreiheit als Mittel und die Notwendigkeit einer umfassenden Amnestie einigen. Nach Auffassung der Antifranquisten durfte die gewalttätige Vergangenheit die Zukunft Spaniens nicht bestimmen.²⁶

25 Siehe Holm-Detlev Köhler: Spaniens Gewerkschaftsbewegung. Demokratischer Übergang, Regionalismus, ökonomische Modernisierung, Münster 1993, S.72; Baumer, Kommunismus, S.146.

26 Siehe Santos Juliá/José-Carlos Mainer: El aprendizaje de la libertad (1973-1986). La cultura de la transición, Madrid 2000, S.31ff.; Javier Muñoz Soro: Entre la memoria y la reconciliación. El recuerdo de la República y la guerra en la generación de 1968, in: Historia del Presente, 2 (2003), S.83-100, hier S.86.

Dieses antifranquistische Versöhnungsparadigma lehnte tatsächlich nur eine Minderheit innerhalb der radikalen Linken offen ab. Ein Beispiel hierfür ist die Kommunistische Partei Spaniens (marxistisch-leninistisch) (Partido Comunista de España [marxista-leninista]), eine maoistische Abspaltung vom PCE.²⁷ Selbst die CNT formulierte etwa in der Frage der Straffreiheit für die Verbrechen des Franquismus keine offensive Position.

Versöhnung und Vergessen, die geschichtspolitischen Maximen der *Transición*²⁸ der 1970er-Jahre, hat also der Antifranquismus vorweggenommen. Mit dem antifranquistischen Versöhnungsparadigma ging außerdem bereits das Geschichtsbild vom Konflikt der Jahre 1936 bis 1939 als Bruderkrieg und nationale Tragödie einher.²⁹

Ein interessanter Befund meiner Forschung ist allerdings, dass der PCE einen doppelten erinnerungskulturellen Diskurs verfolgte. In der Außendarstellung propagierten die Kommunisten Versöhnung und die Überwindung der kriegesischen Vergangenheit. Zugleich verzichteten sie nicht auf die identitätsstiftende Funktion von Erinnerungskultur. In parteiinternen Schulungen und Kampagnen bedienten sie sich beispielsweise geschichtspolitischer Argumentationen. So leitete der CCOO-Führer Marcelino Camacho die Notwendigkeit einer Einigung der antifranquistischen Gewerkschaftsbewegung aus dem Bürgerkrieg her.³⁰

In ihren historischen Texten wiederholten die Kommunisten die immergleiche Geschichtsversion. Demnach war der PCE die konsequenteste antifaschistische Kraft, was sich schon im Bürgerkrieg gezeigt hätte.³¹ Obwohl die Angehörigen der jüngeren Generation vom Bürgerkrieg meist nichts wissen wollten, half dieser selbst produzierte Ruhm vom aufrechten Antifaschismus der KP paradoxerweise bei der Mitgliederwerbung unter der jungen Generation.

27 Siehe die geschichtspolitische Programmschrift dieser Partei: Partido Comunista de España (marxista-leninista): *La guerra nacional revolucionaria del pueblo español contra el fascismo*. Análisis crítico, Spanien 2006. www.pceml.info/index.php?s=nuestra+guerra+nacional+revolucionaria (24.7.2014).

28 Unter *Transición* wird in Spanien die Übergangsphase vom Franquismus zur konstitutionellen Monarchie verstanden (1975-1982). Siehe unten.

29 Siehe Juliá/Mainer, *El aprendizaje*, S.39, 48.

30 Siehe Marcelino Camacho: *Charlas en la prisión. El movimiento obrero sindical*, Paris 1974, S.44, 62ff.

31 Siehe Dolores Ibárruri u. a.: *Historia del Partido Comunista de España (Versión abreviada)*, Paris 1960.

Die Transición (1975-1982)

Nach Francos Tod im November 1975 konnte der Antifranquismus die anvisierte demokratische Revolution aufgrund der politischen Kräfteverhältnisse nicht durchsetzen. Schließlich fanden sich PCE und PSOE dazu bereit, mit Angehörigen der franquistischen Elite einen Übergang zur Demokratie auszuhandeln. Konsens und Versöhnung entwickelten sich zu den Leitideen der *Transición*. Geschichtspolitisch bedeutete das, dass es weder zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der Franco-Diktatur kam, noch die Entbehrungen des antifranquistischen Kampfes im öffentlichen Diskurs Anerkennung erfuhren.³²

Den zentralen Akt der Versöhnungspolitik, die Verabschiedung eines Amnestiegesetzes im Oktober 1977 durch das neu gewählte Parlament, hatte die Opposition gefordert, um den letzten antifranquistischen Gefangenen die Freiheit zu ermöglichen. Zugleich wurden damit auch die Verbrechen der Diktatur amnestiert.³³

Was brachte die linken Abgeordneten dazu, diese Konsequenz zu akzeptieren? Einerseits war es die Einsicht in die machtpolitischen Gegebenheiten. Die Freilassung der politischen Gefangenen und die Demokratisierung waren letztlich wichtige Erfolge. Andererseits spielte auch die berechtigte Angst vor einem Militärputsch eine große Rolle. Zu guter Letzt hatten viele Linke den Versöhnungsgedanken wohl tatsächlich verinnerlicht. Jedenfalls stieß der „Pakt des Vergessens“ (*pacto del olvido*), wie der Verzicht auf moralische sowie juristische Aufarbeitung der Diktatur später genannt wurde, in der Arbeiterbewegung kaum auf Widerspruch.

Eine – wenn auch schwach ausgeprägte – gegenläufige Entwicklung zum Vergessensimperativ der *Transición* war, dass die Erinnerungen an die Opfer der franquistischen Vernichtungskampagne der 30er- und 40er-Jahre in einer zeitweiligen sozialen Bewegung auflebten. Diese war der Vorläufer der Erinnerungsbewegung, die seit dem Jahr 2000 aktiv wurde.³⁴

32 Siehe Walther L. Bernecker/Sören Brinkmann: Kampf der Erinnerungen. Der Spanische Bürgerkrieg in Politik und Gesellschaft 1936-2008, Nettersheim 42008, S.229ff., 262ff.

33 Siehe Carme Molinero: La ley de amnistía de 1977. La reivindicación antifranquista y su lectura treinta años después, in: Espuny Tomás/María Jesús/Olga Paz Torres (Hrsg.): 30 años de la ley de amnistía (1977-2007), Madrid 2009, S.41-55.

34 Seit der Jahrtausendwende hat eine linke Erinnerungsbewegung das Schicksal der *Desaparecidos* auf die politische Tagesordnung in Spanien gesetzt. Siehe Alexandre Froidevaux: Erinnerungskultur ‚von unten‘ in Spanien. Eine Oral History-Untersuchung der „recuperación de la memoria histórica“ in Valencia (2000-2005), Berlin 2007.

Die Aktivistinnen und Aktivisten exhumierten die Desaparecidos und begruben sie feierlich.

Diese erinnerungspolitische Bewegung wurde marginalisiert und mundtot gemacht, obwohl sie das Versöhnungsparadigma ausdrücklich bejahte. Denn in einem zentralen Punkt wich sie von diesem ab: Nicht Beschweigen und Vergessen, sondern gerade Erzählen und die Wahrheit über die Verbrechen sollten zu Versöhnung führen und alte Wunden heilen. Das war im herrschenden Diskurs der *Transición* nicht vorgesehen.³⁵

Auch die um 1970 entstehende neue Frauenbewegung entdeckte im Laufe der Jahre die eigene verschüttete Geschichte wieder. Frauen hatten im Bürgerkrieg in großem Maße die ihnen bis dahin zugewiesene Beschränkung auf die private Sphäre durchbrochen. Auch im antifranquistischen Widerstand hatten sie eine wichtige Rolle gespielt.

Dies war lange Zeit in linken Kollektivgedächtnissen ignoriert worden. Dafür war nicht nur die Diktatur, sondern auch der patriarchale Zuschnitt der spanischen Linken verantwortlich. Als Feministinnen in den 70er-Jahren begannen, sich ihre Geschichte wieder anzueignen, schloss das auch die Erlebnisse von den vielen Frauen mit ein, welche die franquistischen Gefängnisse und Folterkammern kennenlernen mussten.³⁶

Schließlich lebte auch die kurzzeitige Renaissance der CNT von der Erinnerung, in diesem Fall von derjenigen an die libertäre Revolution.³⁷ Über Jahre hatten sich die Anarchisten durch erinnerungskulturelle Veranstaltungen im Exil oder in historiografischen Büchern bemüht, die welthistorische Bedeutung der Kollektivierungsbewegung der Jahre 1936 bis 1939 zu betonen. Die Revolution stellte eine identitätsstiftende Klammer für alle Anarchisten dar. Gleichwohl lebten in der anarchistischen Bewegung widerstreitende politische Gedächtnisse fort. Das ist ein Grund dafür, weshalb die CNT in der Demokratie nicht zu früherer Stärke zurückfand.

35 Siehe Marije Hristova-Dijkstra: *Memoria, olvido y la apertura de las fosas comunes de la guerra civil en 1979-1981 y 2000-2006*, Magisterarbeit, Groningen 2007 (unveröffentlicht); Siehe auch Froidevaux, *Erinnerungskultur*, S.58ff., 100.

36 Siehe Temma Kaplan: *Taking back the streets. Women, youth, and direct democracy*. Berkely-Los Angeles-London 2004, S.180f.; Giuliana di Febo: *Memoria de mujeres en la resistencia antifranquista*. *Contexto, identidad, autorepresentación*, in: *Arenal*, 4/2 (1997), S.239-254, hier S.244f.

37 Siehe Alfredo González/Juan Pablo Calero: *La CNT en la transición. Una raíz profunda*, in: <http://sovmadrid.cnt.es/la-cnt-en-la-transici%C3%B3n-una-ra%C3%ADz-profunda> (25.7.2014).

Fazit

Die historische Reichweite linker Gegengeschichten, so lässt sich resümieren, erstreckte sich hauptsächlich auf die 1940er-Jahre. Eine „heiße“ Erinnerungskultur verfolgten danach lediglich die zahlenmäßig unbedeutenden radikalen Antifranquistinnen und Antifranquisten. Für die übrigen dienten Gegengeschichten, wenn überhaupt, nur zur identitären Selbstvergewisserung, weniger als Auftrag zum politischen Kampf.

Allerdings zeigt gerade der doppelte erinnerungskulturelle Diskurs, wie anhand des PCE vorgestellt, dass Geschichte selbst dann eine wichtige Ressource für die Politik der Linken bleibt, wenn diese sich von ihr eigentlich verabschiedet. In einer historischen Ausnahmesituation – entstanden durch die wiederkehrende brutale Zerstörung der Arbeiterbewegung – hörte die spanische Linke zwar auf, „in Geschichte zu sprechen“.³⁸ Das galt aber eben nur eingeschränkt.

In der *Transición* kam es sodann nicht zu einer großflächigen Wiederkehr der Geschichte, also etwa einer gesellschaftlichen Thematisierung der franquistischen Massenverbrechen. Wäre die Kräftekonstellation in den 1970er-Jahren eine andere gewesen, hätte die geschichtspolitische Entwicklung freilich eine ganz andere Wendung nehmen können.

Für die Erinnerungsgeschichte der spanischen Linken nach 1939 ist außerdem der Komplex der Opfererinnerungen von entscheidender Wichtigkeit. Hierzu lässt sich feststellen: Vergessen kann zwar nicht befohlen werden, aber gesellschaftlich gesehen war der Franquismus in dieser Hinsicht nichtsdestotrotz außerordentlich erfolgreich. Die Opfer und ihre Angehörigen wurden zum Schweigen gebracht.

Entscheidend für diesen „Memorizid“, die Vernichtung von Erinnerung, war einerseits eine durch die franquistische Repression erzeugte Kultur der Angst. Andererseits, und das ist eine Besonderheit des spanischen Falles, war die Dauer der Diktatur von fast vierzig Jahren für das Vergessen auf gesellschaftlicher Ebene ursächlich. Der Zeitfaktor spielte eine große Rolle.³⁹ Im Spanien der *Transición* gehörte die frühfranquistische Vernichtungskampagne einer anderen Epoche an, in der viele Spanierinnen und Spanier noch nicht geboren oder kleine Kinder gewesen waren.

38 Siehe Mayer, *Contrahistorias*, S.131.

39 Im Argentinien der 1980er-Jahre waren die Erinnerungen an die Gewalttaten der Militärdiktatur beispielsweise noch frisch.

Verstärkend kam noch das antifrquistische Versöhnungsparadigma hinzu. Aus einer Position der Ohnmacht heraus legte die Arbeiterbewegung den Opferaspekt beiseite und beförderte so dessen Unsichtbarkeit. Der Vergessenspakt der Transición verlängerte dieses Vergessen bis zur Jahrtausendwende und teilweise bis heute.